

## Aktionsgruppe Schluss mit Kliniksterben in Bayern

Egerländerweg 1, 95502 Himmelkron, [www.schlusskliniksterbenbayern.jimdofree.com](http://www.schlusskliniksterbenbayern.jimdofree.com)



## Pressemitteilung

Himmelkron, 17.02.2021

### Krankenhauspolitik der Bayerischen Staatsregierung

Mit Befremden nimmt die Aktionsgruppe „Schluss mit Kliniksterben in Bayern“ mehrere Stellungnahmen der Bayerischen Staatsregierung und einiger Fraktionen des Bayerischen Landtags über die Zukunft der bayerischen Krankenhäuser zur Kenntnis.

Im Koalitionsvertrag der Bayerischen Staatsregierung haben sich CSU und Freien Wähler für folgende Standortsicherung der bayerischen Krankenhäuser stark gemacht (Zitat):

*„Wir werden auch künftig flächendeckend eine qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung sicherstellen. Wir wollen unsere Krankenhausstrukturen erhalten und **bedarfsgerecht weiterentwickeln**. Wir setzen die Investitionsförderung auf Rekordniveau fort. ... Wir wollen die **kleineren Standorte erhalten und weiterentwickeln**.“*

Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. In verschiedenen Schreiben hat sich die Aktionsgruppe „Schluss mit Kliniksterben in Bayern“ an Ministerien und Politiker der Bayerischen Staatsregierung sowie an die Fraktionen des Bayerischen Landtags gerichtet. Angesichts der Corona-Pandemie und des anhaltenden Lockdowns hat die Aktionsgruppe in einem Schreiben an Ministerpräsident Dr. Markus Söder ein Ende jeglicher Klinikschließungen in Bayern gefordert. \*1)

Entsprechende Forderungen ergingen ebenfalls:

- an den stellv. Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger
- an den Bayerischen Staatsminister für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek
- mehrfach an alle Fraktionsvorsitzenden des Bayerischen Landtags.

Deren Stellungnahmen waren stets ausweichend oder enthielten Hinweise auf ein unbeirrtes Festhalten am weiteren Strukturwandel. Die Antworten sind als „Textschablonen“ identisch bzw. nahezu identisch formuliert.

Das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege im Auftrag von Gesundheitsminister Klaus Holetschek sowie das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie im Auftrag vom stellv. Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger antworten **wortgleich** wie folgt:

„Ziel ist ein **maßvoller Ausgleich zwischen medizinischer Leistungsfähigkeit, Qualität und Wirtschaftlichkeit** sowie in einem Flächenland wie Bayern der Wohnortnähe. **Dies bedeutet aber ausdrücklich nicht, dass sich an den bestehenden Versorgungsstrukturen nichts ändern darf** oder soll. Selbstverständlich müssen sich diese kontinuierlich an veränderte Rahmenbedingungen etwa in demographischer, medizinischer oder versorgungstechnischer Hinsicht anpassen. Neben dem (gar nicht mehr im Vordergrund stehenden) Kostendruck durch das bundesrechtliche Vergütungssystem nach Fallpauschalen sind insbesondere die steigenden Anforderungen an die Qualitätssicherung und -weiterentwicklung sowie der medizinische Fortschritt zu berücksichtigen. **Aufgrund der stetig sinkenden Verweildauer der Patienten im Krankenhaus sowie einer zunehmenden ambulanten statt früherer stationären Leistungserbringung sind außerdem im somatischen Bereich viele Betten entbehrlich geworden.** Die zunehmende Spezialisierung und Ausdifferenzierung in der Medizin führt dazu, dass immer mehr Patienten bereit sind, im Einzelfall auch längere Wege zu einem bestimmten Krankenhaus in Kauf zu nehmen, um sich dort von Spezialisten mit besonderer Expertise in ihrem Fachgebiet behandeln zu lassen.“ (Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege, 14.01.2021, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, 16.02.2021).

Die regierungsbeteiligten Fraktionen der Freien Wähler und der CSU verweisen **nahezu wortgleich** auf „... Schaffung hinreichender [ausreichender] Abteilungsgrößen, die sowohl medizinisch als auch **wirtschaftlich leistungsfähig sind** und damit für das Fachpersonal attraktive Arbeitsstätten darstellen [bieten können].“ (Antwortschreiben vom 12.01.2021 [06.01.2022]).

Die Beantwortung mit Textschablonen ist nicht wertschätzend und angesichts der Ernsthaftigkeit klinischer Standortfragen mitten in der Corona-Pandemie auch nicht angemessen.

**Die Argumente unterstreichen den unveränderten Willen der Staatsministerien zum weiteren Abbau der Krankenhäuser, der besonders den Bereich der Grund- und Regelversorgung und damit die ländlichen Regionen betrifft.**

Das Bündnis „Schluss mit Kliniksterben in Bayern“ sieht darin eine **Abkehr vom Koalitionsvertrag.**

Während der Koalitionsvertrag von Erhalt und Weiterentwicklung kleiner Klinikstandorte spricht, wird jetzt neben medizinischer Leistungsfähigkeit und Qualität auch die Wirtschaftlichkeit gefordert.

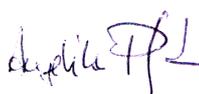
Angesichts der Corona-Pandemie und der offensichtlichen klinischen Behandlungseingänge ist diese Abwägung gefährlich und nicht nachvollziehbar. Dies bestätigt auch die von den Bundesministerien für „Inneres“ und „Forschung und Lehre“ in Auftrag gegebene Studie „GRÜNBUCH 2020 - zur Öffentlichen Sicherheit“ des Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit e. V. (ZOES). Hier befassen sich Abgeordnete des Deutschen Bundestages und ExpertInnen aus Ministerien und Bundesbehörden, aus Wissenschaft, Hilfsorganisationen, Verbänden und Wirtschaft unter anderem mit Epidemien und eskalierenden Ausbrüchen gefährlicher Infektionskrankheiten. Sie stellen fest, dass **die bestehenden Klinikkapazitäten aktuell nicht für eine adäquate Behandlung von Pandemien ausreichen.** \*2)

Das „GRÜNBUCH 2020 - zur Öffentlichen Sicherheit“ des Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit e. V. (ZOES) bestätigt damit die Position der Aktionsgruppe „Schluss mit Kliniksterben in Bayern“:

**Lockdown und Klinikschließungen sind ein eklatanter Widerspruch.  
Klinikschließungen in Bayern gefährden die Gesundheit.**

Wir fordern die Bayerische Staatsregierung und den Bayerischen Staatsminister für Gesundheit und Pflege auf, ihre Pläne zur Weiterentwicklung der bayerischen Krankenhäuser offenzulegen und sich klar zum Erhalt und Ausbau aller bayerischen Krankenhäuser zu bekennen.

Wir fordern die Fraktionen des Bayerischen Landtags auf, berechnigte Lockdown-Maßnahmen an die Bedingung zu knüpfen, dass in Bayern – anders als im Jahr 2020 - kein Krankenhaus mehr geschlossen wird. \*3)

Dr. Rainer Hoffmann    Klaus Emmerich    Angelika Pflaum    Horst Vogel  
Chefarzt i.R.    Klinikvorstand i.R.    Bürgerinitiative zum Erhalt des Hersbrucker  
Krankenhauses



Helmut Dendl  
Bundesverband Gemeinnützige Selbsthilfe  
Schlafapnoe Deutschland e.V. GSD  
Himmelkron, 17.02.2021



Peter Ferstel  
KAB Regensburg e.V.



Willi Dürr  
KAB Regensburg e.V.

verantwortlich:  
Klaus Emmerich  
Klinikvorstand i.R.  
Egerländerweg 1  
95502 Himmelkron  
0177/1915415  
[www.schlusskliniksterbenbayern.jimdofree.com](http://www.schlusskliniksterbenbayern.jimdofree.com)  
[klaus\\_emmerich@gmx.de](mailto:klaus_emmerich@gmx.de)

\*1) „Leider ist auch Bayern akut von Krankenhausschließungen betroffen. Seit Ausbruch der Corona-Pandemie im März 2020 haben vier Krankenhäuser in Ihrem Bundesland geschlossen, namentlich in Waldsassen, Vohenstrauß, Roding und Fürth (Schön-Klinik). Wir fordern Sie eindringlich öffentlich auf, diesen Widerspruch aufzulösen. Bringen Sie – angesichts der sich zuspitzenden Lage - den Mut auf, und verabschieden Sie in der Bayerischen Staatsregierung ein Aussetzen jeglicher Krankenhausschließung in Bayern!“ (Schreiben vom 10.10.2020 an den Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder).

2\*) Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit e. V., GRÜNBUCH 2020 - zur Öffentlichen Sicherheit, S. 33, 42, <https://zoes-bund.de/themen/gruenbuch/>: „Gesundheitssicherheit erfordert Vorsorge. Die ... dargestellte künftige Struktur der stationären Notfallstufen berücksichtigt nur unzureichend die erforderlichen kapazitiven Vorhaltungen zur Bewältigung eines eskalierenden Ausbruchs einer Infektionskrankheit, deren adäquate Bereitschaftsplanung und Evaluierung, kontinuierliches Training und Übung. ... Die Gesundheit der Bevölkerung ist Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge, sodass Versorgungskapazitäten auch mögliche Krisensituationen berücksichtigen sollten. Der Mangel an medizinischem und pflegerischem Fachpersonal muss konsequent angegangen werden. Hier bedarf es einer angemessenen Vergütung, besserer Arbeitsbedingungen und guter Ausbildungsstrukturen.“

\*3) Im Jahr 2020 schlossen Krankenhäuser in Parsberg, Vohenstrauß, Waldsassen und Fürth, davon 3 Krankenhäuser nach Ausbruch der Corona-Pandemie.